



Editorial

Es ist wieder Zeit, Zeit der Rückblicke und Ausblicke. Was für ein Jahr ist vergangen!

Im Januar startete die aktuelle Landesregierung mit dem Wechsel an der Spitze des Innenministeriums.

Dann das bestimmende Sportereignis des Sommers: die UEFA-Fußball-Europameisterschaft der Männer in Deutschland, die viele Einsätze und Überstunden mit sich brachte.

Kurz zuvor der Terrorakt in Mannheim, durch den unser Kollege Rouven Laur sein Leben lassen musste. Kurz danach der nächste Schock für die Kollegen in Baden-Württemberg, der Kollege Tom Hohn verliert bei einem tragischen Verkehrsunfall im Rahmen einer Ehrengarde sein Leben.

Was sind da verlorene Personalratswahlen?

Es ist ärgerlich, wenn man bedenkt, welches Herzblut in den Wahlkampf gesteckt wurde und wie die Ergebnisse waren. Leider wurden die Erfolge, die der dbb für die DPoG errungen hat, nicht gewürdigt, vielmehr schreibt sich eine andere Gewerkschaft diesen Erfolg auf die Fahne, obwohl sie immer wieder gepredigt hat, dass die Bezahlung zwar schäbig, aber rechtskonform sei.

Es gäbe noch einiges hierzu anzumerken, es würde Rahmen sprengen ...

Dann im November die Wahl der Ungewissheit in den USA, Trump wieder an der Macht. Eine spannende, wenn nicht so angespannte Situation, zeitgleich in Deutschland endet die Ampel im Bund.

Zum Abschluss des Jahres noch ein Affront der Hessischen Landesregierung: Dass Dankbarkeit, Respekt und Wertschätzung nur Worthülsen und nicht mit Substanz hinterlegt sind, zeigt der Spar-

beschluss, der unter anderem vorsieht, die vereinbarte Gehaltsanpassung um Monate zu verschieben.

In Krisenzeiten keine Regierung: Was mich persönlich noch antreibt, die nächste Wahl steht an und die extremistischen Parteien, ob Rechts oder Links, werden immer stärker – haben wir aus der Geschichte nichts gelernt? Extremismus oder auch schon extreme Strömungen sind ein Schaden jeder Demokratie. Bei allem, was in den vergangenen Jahren politisch schiefgelaufen ist, ein Abdriften in eine extremistische Richtung ist das falsche Signal. Somit mein persönlicher Aufruf: Gleich welche Partei ihr wählt, wählt eine Partei, die gesichert für die freiheitliche demokratische Grundordnung steht.

Was steht im nächsten Jahr an? Es wird endlich eine Entscheidung bezüglich der amtsangemessenen Besoldung erwartet. Wie wird diese in Zeiten leerer Kassen aussehen? Eine Antwort steht in den Sternen, gerade im Lichte der oben beschriebenen Situation. Was geschieht mit dem Rotationserlass? Aufgrund von Gesprächen der JUNGEN POLIZEI mit dem neuen Innenminister steht dieser auf dem Prüfstand. Signale, dass er wie aktuell angedacht nicht umgesetzt wird, wurden gegeben. Auch hier heißt es abwarten.

So vieles angesprochen, doch das Wesentliche noch nicht:

Ich wünsche euch und euren Familien eine besinnliche und familiäre, friedliche Weihnachtszeit. Bei allen Dingen, die uns plagen und belasten, ist es wichtig, auch mal innezuhalten und zur Ruhe zu kommen, das passt in dieser Zeit. Zudem einen guten Start ins Jahr 2025, bleibt gesund!

Markus Schaaf,
kommissarischer Landesredakteur

1. stellvertretende Vorsitzende **Fehlende Wertschätzung – Polizei, ein Beruf unter Druck**

Fehlende Wertschätzung der Hessischen Landesregierung für die Polizei – ein Beruf unter Druck

Die hessische Polizei steht seit Jahren unter enormem Druck. Während die Herausforderungen stetig wachsen, bleibt die Wertschätzung vonseiten der Landesregierung weiterhin auf der Strecke. Immer noch kämpft die Polizei mit rechtswidriger Alimentation, unzumutbar hohen Überstunden und einem Arbeitsalltag, der durch zunehmende



Tanja Maruhn,
1. stellvertretende
Vorsitzende



Übergriffe auf Beamte geprägt ist. In diesem Kontext stellt sich die Frage, wie lange die Polizei diese Belastungen noch tragen kann, ohne dass seitens der Politik echte Verbesserungen erfolgen.

Rechtswidrige Alimentation: dbb Hessen gewinnt Besoldungsklage

Bereits seit geraumer Zeit ist bekannt, dass die Besoldung der hessischen Polizeibeamten rechtswidrig ist. Der dbb Hessen hat beim Verwaltungsgerichtshof (VGH) in Kassel nach jahrelangem Kampf eine wichtige Besoldungsklage gewonnen. Das Gericht stellte klar, dass die Besoldung nicht den verfassungsrechtlichen Vorgaben entspricht. Trotz dieses rechtlichen Erfolgs und der langwierigen Bemühungen des dbb Hessen bleibt die Umsetzung der notwendigen Anpassungen durch die Landesregierung weiterhin aus.

Zustand unverändert

Die Beamtinnen und Beamten erhalten damit nach wie vor nicht die Vergütung, die ihnen laut Gesetz zusteht. Während die Inflation und steigende Lebenshaltungskosten die finanzielle Lage weiter verschärfen, sendet dies ein verheerendes Signal an diejenigen, die tagtäglich ihre Sicherheit aufs Spiel setzen, um die öffentliche Ordnung zu gewährleisten. Es ist unverständlich, dass die Landesregierung trotz des eindeutigen Urteils noch immer zögert, die Besoldung auf ein verfassungsgemäßes Niveau zu heben.

Überstundenbelastung

Hinzu kommt die seit Jahren anhaltende Überstundenbelastung. Millionen von Überstunden häufen sich bei der hessischen Polizei an, ohne dass eine Lösung in Sicht wäre. Es fehlt an Personal, um die steigende Zahl an Einsätzen zu bewältigen, und so sind es die bestehenden Kräfte, die die Lücken schließen müssen – oft auf Kosten ihrer Gesundheit und ihres Privatlebens.

Das neue Leitbild: ein Symbol für fehlende Wertschätzung?

In einem Versuch, der Polizei ein neues Leitbild zu geben, wurde ein neues Logo erstellt. Dieses Logo ist aus der Notrufnummer „110“ abgeleitet und mit Worten gefüllt, die den Kernwerten und der Mission der Polizei entsprechen sollen. Auffällig dabei: Das Wort „Wertschätzung“ wurde symbolisch in die „0“ platziert. Für viele Polizistinnen und Polizisten ist dies sinnbildlich für die Realität, in der sie sich befinden – die versprochene Wertschätzung liegt oft bei „null“ und bleibt bloße Rhetorik, während echte Verbesserungen weiterhin ausbleiben.

Führen durch Vorbild

Als noch problematischer empfinden es viele Polizistinnen und Polizisten an der Basis jedoch, dass sich die Führungskräfte selbst scheinbar nicht durch das Leitbild angesprochen fühlen. Der Umgang mit Fehlern, insbesondere in der Führungsebene, wird von den Kolleginnen und Kollegen als enttäuschend wahrgenommen. Während die Beamtinnen und Beamten im täglichen Dienst an der Basis häufig mit ihren Fehlern konfrontiert und dafür zur Rechenschaft gezogen werden, erleben sie bei Führungskräften oft das Gegenteil.

Dies sorgt für Frustration und verstärkt das Gefühl, dass das Leitbild für die Führungsetage nur ein leeres Versprechen bleibt, während die Basis unter immer schwierigeren Bedingungen arbeitet.

Schnellschuss, der nicht gelebt wird

Zudem stellt sich die Frage, ob das Leitbild nicht nur eine schnelle Reaktion auf die Empfehlungen des Expertenberichts war, ohne dass es tatsächlich im Alltag spürbar von Führung und Basis gelebt und verinnerlicht wird. Viele Beamtinnen und Beamte zweifeln daran, dass dieses Leitbild tiefgreifende Veränderungen bringt, da sie bisher keine spürbare Verbesserung in der Führungskultur erleben. Es scheint, als sei das Leitbild vor allem eine formale Umsetzung, die in der Realität wenig Einfluss auf den täglichen Dienst hat. In diesem Zusammenhang fragen sich viele auch, wie kostenintensiv die Erstellung des Leitbildes war und ob die investierten Mittel nicht besser in Maßnahmen geflossen wären, die direkt die Arbeitsbedingungen und die Wertschätzung der Polizeikräfte verbessern.

Nachwirkungen der EM 2024 und neue Herausforderungen durch den Nahostkonflikt

Aktuell sorgt der Nahostkonflikt für zusätzliche Sicherheitsmaßnahmen in Hessen, insbesondere vor jüdischen Einrichtungen und bei Großveranstaltungen. Diese Einsätze sind nicht nur physisch und psychisch belastend, sondern erfordern auch eine Vielzahl von Ressourcen, die an anderen Stellen fehlen.

Hinzu kommen die Nachwirkungen der Fußball-Europameisterschaft 2024, die im Sommer stattfand. Während des Turniers wurde das Schichtmodell der Polizei erheblich umgestellt, um die erhöhte Einsatzbereitschaft zu gewährleisten. Diese Umstellung war eine große zusätzliche Belastung für die Polizistinnen und Polizisten, die bereits unter hohen Überstunden und intensiver Einsatzdichte litten. Die Folgen dieser Einsatzanforderungen spüren viele Beamtinnen und Beamte auch nach dem Ende des Turniers, da Überstunden nur langsam abgebaut werden können und die personellen Kapazitäten nach wie vor nicht ausreichend sind.

Zunahme von Übergriffen auf Polizeibeamte und das Respektpaket der Landesregierung

Neben der wachsenden Einsatzbelastung nimmt auch die Zahl der Übergriffe auf Polizistinnen und Polizisten stetig zu. Im Dienst angegriffen zu werden, ist mittlerweile fast Alltag. Diese Gewalt gegen Einsatzkräfte verdeutlicht, wie wenig Respekt und Anerkennung der Beruf des Polizisten in Teilen der Gesellschaft erfährt.

Respektpaket

Die Hessische Landesregierung hat in Reaktion auf diese besorgniserregende Entwicklung ein „Respektpaket“ aufgelegt, das auf die Angriffe auf Einsatzkräfte aufmerksam machen soll. Ziel dieses Pakets ist es, Respekt gegenüber der Polizei und anderen Einsatzkräften zu fördern und das Bewusstsein in der Bevölkerung für die Bedeutung ihres Einsatzes zu schärfen. Doch viele Polizistinnen und Polizisten empfinden dieses Paket als unzureichend. Es setzt zwar ein wichtiges Zeichen, doch in der Praxis bleibt die Belastung bestehen, und die Maßnahmen greifen zu kurz, um die wachsende

Gewalt gegen Einsatzkräfte effektiv zu bekämpfen. Die Kolleginnen und Kollegen wünschen sich weniger symbolische Aktionen und stattdessen konkrete Unterstützung in Form von verbesserten Arbeitsbedingungen, Personalaufstockungen und stärkeren rechtlichen Schutzmaßnahmen.

Forderung nach echter Wertschätzung und strukturellen Verbesserungen

Es ist an der Zeit, dass die Hessische Landesregierung ihrer Verantwortung gerecht wird und die Polizei nicht nur mit Worten, sondern auch mit Taten unterstützt. Rechtswidrige Alimentation muss endlich der Vergangenheit angehören, und die Überstundenproblematik darf nicht länger ignoriert werden. Zudem sind präventive Maßnahmen notwendig, um Polizistinnen und Polizisten besser vor Übergriffen zu schützen.

Wenn die Landesregierung weiterhin zögert, die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, riskiert sie nicht nur die Motivation und Gesundheit ihrer Polizeikräfte, sondern auch die öffentliche Sicherheit. Es braucht eine klare Botschaft: Die hessische Polizei verdient Respekt, Anerkennung und eine faire Behandlung – nicht nur in Krisenzeiten, sondern jeden Tag.

Tanja Maruhn, 1. stellvertretende Landesvorsitzende

Zentrale Gedenkveranstaltung für im Dienst verstorbene Kolleginnen und Kollegen

Wir werden euch in unseren Herzen behalten

Es ist eine gute und würdevolle Tradition, dass an einem Tag im Jahr, Mitarbeitende der Polizei Hessen an der Gedenkstätte auf dem Gelände der Hochschule für öffentliches Management und Sicherheit (HÖMS) zusammenkommen, um aller Kolleginnen und Kollegen zu gedenken, die im Dienst verstorben sind.

Dieses Jahr begann die Veranstaltung mit einem ökumenischen Gottesdienst der Polizeiseelsorge in der Kirche der Paul-Gerhard-Gemeinde in Wiesbaden. Im Anschluss begaben sich Angehörige, Kollegen, Freunde und Polizeibeschäftigte in einem Trauermarsch zum Gedenkstein auf dem Gelände der HÖMS. Hier legten nach einer Ansprache Innenminister Prof. Dr. Roman Poseck und Landespolizeipräsident Robert Schäfer einen Kranz nieder.

Für die DPolG Hessen entzündete Landesgeschäftsführer Alexander Glunz eine Kerze und stellte diese am Gedenkstein auf.

Unsere verstorbenen Kolleginnen und Kollegen werden wir immer in unseren Herzen behalten und ihrer gedenken.



Landesgeschäftsführer Alexander Glunz stellt für die DPolG eine Kerze an dem Gedenkstein für verstorbene Polizeibeschäftigte auf.



Gemeinsam für eine sichere und starke Gemeinschaft: Personalsuche für ehrenamtliche Unterstützung

Der Verein Pro Polizei Frankfurt setzt sich mit Leidenschaft in der Rhein-Main-Region dafür ein, das Verständnis und die Zusammenarbeit zwischen der Bevölkerung und der Polizei zu verbessern. Das Ziel ist es, Vertrauen und gegenseitige Wertschätzung in der Gesellschaft zu stärken. Dafür wird Ihre Unterstützung benötigt!

In der heutigen Zeit ist es besonders wichtig, dass alle Menschen aktiv Einfluss auf gesellschaftliche und politische Entscheidungen nehmen, um Polizei und Rettungskräfte besser zu unterstützen. Der Verein Pro Polizei bietet eine Plattform, auf der sich Menschen aus allen Bereichen engagieren können – sei es als Teil der Zivilgesellschaft oder als ehemalige Polizistinnen und Polizisten, die ihr Wissen und ihre Erfahrung einbringen möchten.

Aktuell suchen wir ab sofort:
Einen Nachfolger für den ersten Vorsitzenden und einen ersten stellvertretenden Vorsitzenden. Diese Positionen sind ehrenamtlich und bieten die Möglichkeit, Verantwortung zu übernehmen und den Verein auf seiner wichtigen Mission zu leiten.

Zwei ehrenamtliche Bürokräfte
 Selbstverständlich wird der ehrenamtliche Einsatz mit einer angemessenen Aufwandsentschädigung gewürdigt.

Wir sind erreichbar unter 069/348685734 oder unter info@pro-polizei-frankfurt.de

JUNGE POLIZEI

Zweite Bundesjugendkonferenz

Vom 10. bis zum 12. Oktober 2024 fand die zweite Bundesjugendkonferenz im Jahr 2024 in Hannover statt. Bei der Bundesjugendkonferenz kommen die Vertreter der JUNGEN POLIZEI (Jugendorganisation der DPolG) aller Landesverbände sowie der Bundespolizei zusammen und besprechen aktuelle Themen, die vor allem Polizeibeamte unter 30 Jahren betreffen. Für den Landesverband Hessen nahm Dominic Wildenhain an der Veranstaltung teil.

Nach einer kurzen Einleitung und Begrüßung durch den Bundesjugendleiter William Bobach, berichtete die Bundesjugendleitung über ihre Tätigkeiten seit der letzten Konferenz im Frühjahr in Nürnberg.

Es folgte ein Vortrag des gastgebenden Landesvorsitzenden der DPolG Niedersachsen. Patrick Seegers sprach über Altersstrukturen der Polizei und dass eine Verjüngung der Funktionäre der DPolG gut zu Gesicht stünde. Er sprach außerdem über eine positive Entwicklung der Mitgliederzahlen in Niedersachsen. So konnten in den letzten zehn Jahren die Mitgliederzahlen nahezu verdoppelt werden. Seegers bewertete die politische Landschaft in Niedersachsen als sehr schwierig. Dieser Ausgangssituation zum Trotz gelinge es dem Landesverband, für die Mitglieder einzutreten und Forderungen durchzusetzen. Des Weiteren bemängelte er den fehlenden Rückhalt aus der Politik gegenüber der Polizei. In diesem Zusammenhang sprach er über „Rassismus-Studien“, die von der Presse aufgegriffen und verwertet würden, während sich die politische Führung ausschweige.

Der zweite Tag der Konferenz begann mit einem Bericht der Bundesleitung. Der Bundesvorsitzende der DPolG, Rainer Wendt, und sein Stellvertreter Thorsten Grimm referierten über Probleme, mit denen die Polizei auf Bundesebene konfrontiert wird, und wie sich die DPolG für die Lösung dieser einsetzt. Grimm machte an dieser Stelle klar, dass man sich für Messerverbotzonen einsetzen will, um der zunehmenden Zahl von Gewalt unter Einsatz von Messern entgegenzuwirken. Der Bundesvorsitzende Wendt begann seine Ausführungen mit einer Thematik, die die Polizei seiner Auffassung nach mindestens die nächsten zehn Jahre beschäftigen werde:

Migrationspolitik. Er referierte auch über seine Tätigkeit als Präsident der Europäischen Polizei Union (EPU). An dieser Stelle kritisierte er die Politik der Ampelkoalition insofern, als er von Polizeifunktionären der anderen europäischen Staaten auf die schlechte Migrationspolitik der Bundesrepublik Deutschland angesprochen und diese stark kritisiert wurde. Wendt beklagte die Darstellung der Polizei durch die Medien in Bezug auf Rechtsextremismus.

IMPRESSUM

Redaktion:
Markus Schaaf (V. i. S. d. P.)
Landesgeschäftsstelle:
Rheinstraße 99
65185 Wiesbaden
Tel.: 0611.97454404
Fax: 0611.97454406
E-Mail: schaaf@dpolg-hessen.de
ISSN 0723-1830

Namentlich, als Kommentar oder anders gekennzeichnete Veröffentlichungen spiegeln nicht unbedingt die Meinung der Redaktion und der DPolG Hessen wider.



Bundesvorsitzender Rainer Wendt (vorne links) mit den Teilnehmern und Gästen der BJK

Die deutsche Polizei werde als rechtsextreme Schlägertruppe dargestellt. Er sehe die Polizei hingegen als „größte Menschenrechtsorganisation Deutschlands“. Ihm fehle der politische Rückhalt gegenüber solchen Studien. Abschließend dankte er ausdrücklich für die Arbeit der JUNGEN POLIZEI, da diese den Fortbestand der Gewerkschaft durch ihre Arbeit in der Mitgliederwerbung und Einsatzbetreuung sichern würde. Die Vertreter der Bundesleitung übergaben das Wort daraufhin an die Innenministerin des Landes Niedersachsen, Frau Daniela Behrens. Frau Behrens sprach über aktuelle und zukünftige Herausforderungen der Polizei, die Digitalisierung und die aktuellen Schwierigkeiten mit dem professionellen Fußball und den gewaltbereiten Fans. Auf die Innenministerin folgte ein Beitrag von Kenneth Reichl. Herr Reichl ist Sprecher für das „Programm P20“ und stellte dieses den Teilnehmern der Bundesjugendkonferenz vor. Bei diesem Programm handelt es sich um den Ausläufer der Saarbrücker Agenda von 2016, bei der sich die Innenminister aller Länder und des Bundes auf eine gemeinschaftliche Modernisierung der Informationstechnik der Polizei geeinigt haben. Herr Reichl referierte über den jetzigen Stand des Prozesses und die Hürden, die diesem Projekt im Wege stünden. Dabei handelt es sich vor allem um das föderalistische System bei der Polizeiarbeit sowie das als leidig empfundene Thema des Datenschutzes.

Zum Abschluss des zweiten Konferenztages hielt der Polizeivizepräsident der Polizeidirektion Braunschweig einen Vortrag über die Aufstellung der Polizei in der Zukunft, bevor Fynn Sodemann (Junge Liberale Niedersachsen, Nachwuchsorganisation der FDP) den Tag mit einer lebhaften Diskussion über das Thema Innere Sicherheit abschloss. Den dritten und letzten Konferenztag begann Toni Nickel mit einem Beitrag aus dem Bereich der dbb jugend. Er berichtete über die Entwicklungen in Bezug auf die AG Moderner Staat, die sich mit der Modernisierung des öffentlichen Dienstes beschäftigt, sowie die AG Sicherheit. In Aussicht stellte er an dieser Stelle dann noch das Seminarprogramm für das nächste halbe Jahr. Anschließend ging es für die Teilnehmer noch einmal produktiv weiter. Es wurden verschiedene Arbeitsaufträge erteilt, die durch die jeweiligen Landesjugendleiter abzuarbeiten sind und bei der nächsten Bundesjugendkonferenz im Mai 2025 in Erfurt besprochen werden sollen. Den letzten Vortrag hielt der zuständige Vertreter der Debeka für den Bereich Kooperationen, Johannes Gutekunst. Insgesamt war die zweite Bundesjugendkonferenz, dank der hervorragenden Organisation der Bundesjugendleitung, ein voller Erfolg und brachte allen Teilnehmenden, neben einer Menge Spaß, einen gewinnbringenden Mehrwert für die jeweilige gewerkschaftliche Arbeit in ihren Landesverbänden.

Dominik Wildenhain, Landesjugendleiter DPolG Hessen